

GENERALDEBATTE ZUM LANDESHAUSHALT 2017

VERFALL BREMST HESSENS ENTWICKLUNG

Die Landesregierung „schwimmt in Geld“ und schafft es trotzdem nicht, die Zukunftsaufgaben des Landes anzupacken. Das ist Hauptvorwurf, den der SPD-Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel in der Generaldebatte zum Landeshaushalt 2017 erhoben hat. „Bildung, Verkehr und Digitalisierung müssen finanziert werden“, sagte Schäfer-Gümbel. Die Landesregierung schaue dem Verfall der Infrastruktur zu. Die Investitionsquote in Hessen mit 400 Euro pro Einwohner kritisierte er als „historisch niedrig“.

Angesichts der Rekordeinnahmen des Landes erneuerte Schäfer-Gümbel die Forderung der SPD, schrittweise die Gebührenfreiheit von Kindertagesstätten und Kindergärten einzuführen. „Das wäre

das größte Familien-Entlastungsprogramm, das man sich denken kann.“ Ministerpräsident Bouffier habe dies vor der Wahl selbst versprochen und rücke nun davon ab. Der so genannte „Pakt für den Nachmittag“ sei faktisch die Einführung von „Schulgeld am Nachmittag“.

Auch die Investitionsquote der Kommunen sei auf dem niedrigsten Stand seit 25 Jahren. Dies sei ein Ergebnis des neuen kommunalen Finanzausgleichs. Folge der schwarz-grünen Kommunalfeindlichkeit sei, dass manche Städte, die Gehälter nur mit Kassenkrediten finanzieren könnten.

Auch die Landesbeamten würden durch Sonderopfer und Gehaltsdiktat belastet. Damit falle Hessen im Wettbewerb um qualifiziertes



FOTO: ANGELIKA ASCHENBACH

Personal weit hinter andere Länder zurück. Große Versäumnisse sieht Schäfer-Gümbel beim Wohnungsbau. Das Wohnen werde für Normalverdiener im Ballungsraum immer unbezahlbarer.

BREITE UNTERSTÜTZUNG FÜR FRANK-WALTER STEINMEIER

IRIS BERBEN IN DER BUNDESVERSAMMLUNG

Der Hessische Landtag hat die Wahlmänner und -frauen zur Bundesversammlung gewählt, die am 12. Februar 2017 den neuen Bundespräsidenten wählen. Nachdem SPD und Union gemeinsam den amtierenden Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier für das Amt vorgeschlagen haben, spricht alles dafür, dass der Sozialdemokrat der Nachfolger von Joachim Gauck wird.

Auf Vorschlag der SPD-Landtagsfraktion wurde die diesjährige



FOTO: PETER JÜLICH

ZWEI DER AUF VORSCHLAG DER SPD NOMINIERTEN WAHLLIESTEN: IRIS BERBEN UND GÜNTER RUDOLPH.

Preisträgerin des Georg-August-Zinn-Preises Iris Berben in die

Bundesversammlung gewählt. Ebenso die hessische DGB-Vorsitzende Gabriele Kailing und der Vorsitzende der IG Metall Jörg Hofmann. Die hessische SPD-Delegation wird angeführt von Thorsten Schäfer-Gümbel, Nancy Faeser und Günter Rudolph. Es folgen Heike Habermann, Uwe Frankenberger, Lisa Gnadl, Gerhard Merz, Marius Weiß, Dr. Daniela Sommer, Turgut Yüksel, Karin Hartmann, Susanne Selbert und Claus Wissner.

2. LESUNG DES LANDESHAUSHALTS 2017

KRITIK AN BESOLDUNGSDIKTAT UND MANGEL

Massive Kritik übte **Günter Rudolph** in der Debatte zum Haushalt des Innenministeriums an der Personalpolitik des Landes: „Der Innenminister führt das Besoldungsdiktat für die hessischen Beamtinnen und Beamten fort, indem er auch für 2017 an einer Besoldungserhöhung von lediglich einem Prozent festhält. Das beweist die Geringschätzung der wertvollen Arbeit, unter anderem unserer Polizei, durch Herrn Beuth. Angesichts von drei Millionen Überstunden braucht Hessen dringend zusätzliche Polizeibeamtinnen und –beamte, was die SPD schon seit Jahren fordert.“



SCHULGELD AM NACHMITTAG

Das Eigenlob der Landesregierung in der Bildungspolitik hält **Christoph Degen** für verfehlt. Degen sagte zum Etat des Kultusministers: „Den Schulen werden immer mehr Aufgaben auferlegt, ohne sie mit den angemessenen Mitteln auszustatten. Schon heute ist klar, dass aufgrund des akuten Lehrermangels viele Lehrerstellen gar nicht besetzt werden können. Anstatt der Einführung des schwarz-grünen Schulgelds für den Nachmittag brauchen wir mehr Anstrengungen für echte Ganztagschulen in Hessen. Mit einem Ausbauprogramm für Schulsozialarbeit in Höhe von sechs Millionen Euro will die SPD die Kommunen



unterstützen, Lehrkräfte entlasten und das soziale Miteinander an Schulen fördern.“

STELLENABBAU IN DER JUSTIZ

Die Sparpolitik der vergangenen Jahre macht **Heike Hofmann** für Personalprobleme in der Justiz verantwortlich: „Nachdem ab dem Jahr 2003 im Rahmen der sogenannten ‚Operation Düstere Zukunft‘ erst 800 Stellen und später in Folge in einem weiteren Abbauprogramm bis zu 400 Stellen abgebaut werden sollten, hat die Landesregierung endlich ein Einsehen und lenkt ein. Gerade in diesen Zeiten brauchen wir eine starke Justiz und einen starken Rechtsstaat! Dafür gibt es viel zu tun.“



DUBIOSE ROLLE BEI STEUERTRICKS

„Für Euphorie ist kein Platz, denn Hessen hat in den dunklen Jahren der CDU-Regierungen viel versäumt“, sagte **Norbert Schmitt** in der Debatte zum Haushalt des Finanzministers. „Die Steuerverwaltung in Hessen ist im Vergleich zu den anderen Bundesländern - gemessen an dem Bruttoinlandsprodukt - bei der Personalausstattung auf dem vorletzten Platz. Dies muss Schritt für Schritt korrigiert werden. Die Versäumnisse der Landesregierung im Kampf gegen die Steuerhinterziehung füllen



ganze Register. Nun kommt die dubiose Rolle Hessens bei einem Erlass des Bundesfinanzministeriums hinzu, der zur Folge hat, dass Banken dreistellige Millionensummen, vielleicht sogar Milliarden aus Steuertrickserien bei Aktienausleihen behalten können.“

VERKEHRSWENDE VERSCHLAFEN

Schwarz-Grün verschläft die Verkehrswende konstatierte **Tobias Eckert** mit Blick auf den Etat des Wirtschaftsministers. „Heute gilt es, die Grundlagen für Wachstum und Beschäftigung für morgen zu schaffen. Bei dieser wichtigen Frage von gestaltender Landespolitik bleiben Ihre Antworten als schwarz-grüne Landesregierung unzureichend. Während es notwendig wäre, die Verkehrswende mit Herzblut voranzutreiben, regiert bei Schwarz-Grün die Lustlosigkeit.“



GEBÜHRENFREIE BILDUNG IN KITAS

„Wir erneuern unsere Forderung nach weitergehender Gebührenbefreiung für den Besuch von Kindertagesstätten und werden dafür einen Stufenplan vorlegen“, sagte **Gerhard Merz** in der Aussprache über den Sozialhaushalt. Dies sei bildungs- und familienpolitisch geboten. Die Politik



Fortsetzung ►

► der schwarz-grünen Koalition zwingt hingegen die Kommunen vielerorts, Gebühren zu erhöhen.

KLIMASCHUTZ VORANBRINGEN

Den Schutz des Trinkwassers und den Klimaschutz thematisierte **Angelika Löber** beim Etat des Umweltministeriums. „Wir fordern eine Wassernutzungsabgabe für die Industrie, mit der wir unsere Trinkwasserqualität mittelfristig sichern und zeitnah Wohnraum für kleinere und mittlere Einkommen fördern wollen. Wir wollen endlich einen ambitionierten Klimaschutzplan für Hessen mit umfangreicher Beteiligung, insbesondere auch der des Parlaments, damit Hessen hier eine führende Rolle gegenüber anderen Bundesländern beim Klimaschutz einnehmen kann und für die Zukunft gut aufgestellt ist.“

UNBEFRISTETE UNI-STELLEN

Die schlechten Berufsaussichten für wissenschaftlichen Nachwuchs sprach **Gernot Grumbach** an. „Wir wollen es den Hochschulen ermöglichen, dass sie die aus dem Hochschulpakt 2020 finanzierten Stellen weiterhin unbefristet besetzen können, um so qualifiziertes Personal anwerben zu können, ohne dass es ihr Grundbudget belastet. Im Bereich der Landeskulturpolitik konzentriert sich die Landesregierung auf zu wenige Leuchtturmprojekte, anstatt flächendeckend zu agieren.“

SPD-ALTERNATIVEN ZUM SCHWARZ-GRÜNEN STILLSTAND

Die SPD-Fraktion hat umfassende Änderungsvorschläge zum Landeshaushalt vorgelegt, um den lähmenden Stillstand von Schwarz-Grün zu überwinden. Schwerpunkt sind Investitionen, Bildung, Familie und faire Bedingungen für die Beschäftigten des Landes.

ENDLICH WIEDER INVESTIEREN

ES MUSS ENDLICH WIEDER IN DIE INFRASTRUKTUR INVESTIERT WERDEN. DAFÜR FORDERN WIR, 289 MIO. EURO ZUSÄTZLICH BEBREITZUSTELLEN. DIE DICKEN BROCKEN: MEHR GELD FÜR KOMMUNALE INVESTITIONEN, SOZIALEN WOHNUNGSBAU UND DIE SANIERUNG MARODER STRASSEN.

DIE SPD-FRAKTION FORDERT 200 MIO. € FÜR KOMMUNALE INVESTITIONEN



50 MIO. € FÜR SOZIALEN WOHNUNGSBAU

39 MIO. € FÜR DIE LANDESSTRASSEN



GRAFIKEN: GERT-UWE MENDE

FAMILIEN UND BILDUNG FÖRDERN

DIE SPD-FRAKTION FORDERT



50 MIO. € FÜR ERSTE STUFE GEBÜHRENFREIE KITAS



21 MIO. € FÜR DEN SOZIALEN ZUSAMMENHALT



27,5 MIO. € FÜR MEHR BILDUNGSGERECHTIGKEIT

◀ SOZIALER ZUSAMMENHALT UND BILDUNGSGERECHTIGKEIT SIND ZENTRALE FORDERUNGEN DER SPD. 50 MIO. EURO WERDEN FÜR DIE ERSTE STUFE ZUR GEBÜHRENFREIHEIT VON KITAS BENÖTIGT, 21 MIO. EURO SIND FÜR DAS SOZIALBUDGET UND 23 MIO. EURO ZUSÄTZLICH FÜR DEN BILDUNGSSETAT.

SICHERHEIT UND PERSONAL STÄRKEN

DIE SPD-FRAKTION FORDERT

50 MIO. € FÜR FAIRE BEZAHLUNG



1 MIO. € ZUSÄTZLICH FÜR JUSTIZ UND POLIZEI

SCHWARZ-GRÜNE ► PERSONALPOLITIK NACH GUTSHERRENART MIT LOHNDIKTAT UND SONDEROPFERN MACHEN WIR NICHT MIT. WIR WOLLEN, DASS DAS BEAMTENRECHT DEM TARIFRECHT FOLGT. AUSSERDEM MÜSSEN POLIZEI UND JUSTIZ BESSER AUSGESTATTET WERDEN.



SIGNAL AN DIE TÜRKEI

Eine Kehrtwende der türkischen Regierung und die Rückkehr zu demokratischen Grundsätzen fordert der SPD-Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel. „Die Welt, Europa und Deutschland haben bei der Militärrevolte in der Türkei die Luft angehalten. Die gesamte türkische Zivilgesellschaft stand in dieser schweren Stunde zusammen und dies hat Hoffnung für eine demokratischere Türkei gemacht. Diese Hoffnung starb, als die Regierung Erdogan mit Verhaftungen und Verfolgung ohne rechtsstaatliche Verfahren begann. Massenentlassungen, Berichte über Folter und Säuberungslisten sprechen eine eindeutige Sprache. Mit der Wiedereinführung der Todesstrafe würde die türkische Regierung die Beitrittsverhandlungen zur EU aufkündigen. Wir hoffen immer noch auf eine Kehrtwende. Deshalb sind wir solidarisch mit den Abgeordneten, Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, Journalistinnen und Journalisten und all denjenigen, die sich für die Verteidigung der Demokratie in der Türkei einsetzen.“



BALD EIN GEWOHNTES BILD ÜBER DEM FLUGHAFEN? DER HÄUFIG FÜR SEINE SCHLECHTEN SOZIALSTANDARDS KRITISIERTE BILLIGFLIEGER RYANAIR WILL FLÜGE AB FRANKFURT ANBIETEN.

RYANAIR IST DER FLIEGENDE SCHLECKER

Die Ansiedlung der Billig-Airline Ryanair am Frankfurter Flughafen hat die SPD-Fraktion thematisiert. Der flughafenpolitische Sprecher **Marius Weiß**, sagte: „Der Ministerpräsident steht als Ryanair-Fan sehr alleine da und hat selbst in seiner eigenen schwarz-grünen Koalition keine Unterstützung. Die Stimmung in der Luftverkehrsbranche ist derzeit unterirdisch. Es wäre besser gewesen, wenn sich die Fraport AG für andere Low-Cost-Airlines entschieden hätte, die anständiger mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern umgehen, als Ryanair dies tut.“ Weiß stellte fest: „Ryanair ist wohl der ‚fliegende Schlecker‘ und



unterläuft Sozialstandards.“ Deutliche Kritik übte er am Verfahren zur Genehmigung der neuen Entgeltordnung am Frankfurter Flughafen. „Die Fraport AG ist mit offensichtlicher Rückendeckung des Ministerpräsidenten vorgeprescht und hat Ryanair schon als neuen Kunden vorgestellt, obwohl die Entgeltordnung noch gar nicht genehmigt ist, die den Billig-Carrier locken soll. Das ist ein glatter Affront gegen den zuständigen Verkehrsminister Al-Wazir. Wie soll der denn die Entgeltordnung noch ablehnen, wenn sein Ministerpräsident schon Fakten geschaffen hat? Dies wirft ein bezeichnendes Licht auf den Umgang innerhalb der Koalition und wirft Fragen zur Rechtsstaatlichkeit des Genehmigungsverfahrens auf.“

Impressum
 SPD-Fraktion im Hessischen
 Landtag
 Schlossplatz 1-3
 65183 Wiesbaden
 Redaktion:
 Gert-Uwe Mende
 (verantwortlich)
 Gerfried Zluga-Buck
 Christoph Gehring
 Martina Häusel-David
 Valeska Fuhr

GRÜNES GESCHWÄTZ VON GESTERN?

Es war im Jahr 2001, als CDU und FDP mit der Tradition gebrochen haben, an der Spitze des Landesrechnungshofs auch einen Personalvorschlag der Opposition zu berücksichtigen. Damals tönte Tarek al-Wazir: „Parteilpolitische Besetzung von Spitzenposten“. Seitdem wurde der Rechnungshof von einem CDU- und einem FDP-Mann an der Spitze geführt. Jetzt war der

Vizepräsident neu zu wählen. Das wäre eine Chance für die Grünen gewesen, ihren eigenen Ansprüchen zu genügen. Aber getreu dem Adenauer-Motto „was schert mich mein Geschwätz von gestern“, wurde das Amt ohne jede Beteiligung der Opposition mit einem Personalvorschlag der Grünen besetzt. Eine verpasste Chance für eine veränderte politische Kultur.